Haushaltsrede des FDP-Fraktionsvorsitzenden Niklas Wolter

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Bürgermeisterin,
sehr geehrte Kollegen des Rates der Stadt Borken,

„alle Jahre wieder“ klingt es derzeit auf vielen regionalen Weihnachtsmärkten und so ist es auch an der Zeit, wie alle Jahre wieder einen Haushalt für das kommende Jahr zu beraten und zu beschließen.

Zunächst möchte ich allerdings erst einen Blick auf die allgemeine Situation in Bund und Land werfen.
Mit Blick nach Berlin lässt sich durchaus sagen, dass die Regierungsarbeit Luft nach oben lässt, hierbei sollten die Bürger allerdings nicht aus den Augen verlieren von welchem Vertreter der Ampel grundsätzlich die Störfeuer ausgehen.

So war es Robert Harbeck der Anfang des Jahres mit einem nicht in der Regierung abgesprochenen Vorstoß zum Heizungsgesetzt bundesweit für Aufsehen sorgte, ein laienhaft geschriebener Gesetzesentwurf, der durch nachlässige Arbeit innerhalb des Wirtschaftsministeriums bereits vor der Fertigstellung an die Öffentlichkeit kam.
Oder Lisa Paus, die ende des Sommers auf einmal 12 Milliarden Euro für eine Kindergrundsicherung wollte, ein Konzept oder eine grobe Vorplanung aus welcher zu entnehmen ist, wie Sie auf diese Kosten kommt, konnte Sie natürlich nicht vorlegen.
Nach intensiven Beratungen im Koalitionsausschuss und Zuarbeit durch die FDP wurde sowohl das Heizungsgesetz praxistauglich und die Kindergrundsicherung um 80 % günstiger, daher gerade in Richtung Grüne die Frage, warum hören Sie nicht öfter auf die FDP, dies würde der Ampel bedeutend mehr Seriosität schenken. Andernfalls sorgen Sie mit ihren oft realitätsfernen Anträgen und Gesetzen lediglich für immer niedrigere Zuspruchswerte der Ampel und stärken den rechten Rand.

Das Thema der Migration ist in der Tat eines der dringendsten der Zeit, dies ist aber nicht erst seit einem Jahr der Fall, sondern seit 2015. So war es die CDU geführte Regierung, welche es bis Ende 2021 nicht geschafft hat, praxistaugliche Rahmenbedingungen für die Einwanderung zu schaffen. Sicherlich hat die Ampel dies verbessert, aber trotzdem bleibt hier noch viel Luft nach oben. So muss die Auszahlung von Geldleistungen an Flüchtlinge und Asylbewerber sofort gestoppt werden und es bedarf der Ausgabe von Kleidung und Lebensmittel. Auch die Kriterien für die Einbürgerung müssen überdacht werden, so darf es nicht mehr heißen „erst Einbürgerung, dann Integration und Arbeit", sondern „erst Arbeit und Integration, dann Einbürgerung". Folglich darf es nur noch zur Ausgabe der Deutschen Staatsbürgerschaft an Leute im Beschäftigungsverhältnis kommen, Sozialhilfeempfänger dürfen nicht mehr in Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft kommen. Um eine Praxisnahe Integration zu ermöglichen, sind Flüchtlinge bereits unmittelbar nach ihrer Ankunft zur öffentlich kommunalen Arbeit zur Verfügung zu stellen. Gleiches muss aber auch für deutsche Langzeitarbeitslose gelten, eine Verweigerung dieser Arbeit muss zu Sanktionen bis hin zur Abschiebung führen. Ich kann durchaus verstehen, dass dies ein hoch emotionales Thema ist, im Interesse der sachlichen Debatte sollte allerdings von Aussagen wie des CDU Parteivorsitzendes Friedrich Merz, dass die Migranten sich alle die Zähne neu machen würden, Abstand genommen werden.

Im Bereich des Klimaschutzes reißen wir auch weiterhin die Ziele zur Einhaltung des 1,5 Grad Ziels, dabei müssten wir uns einfach nur unseren internationalen Partnern anschließen und wieder auf Strom aus Atomkraft setzen und die Kohleverstromung stoppen. In diesem Zusammenhang sollte man allerdings mal die Sinnhaftigkeit des 1,5 Grad Ziels überdenken, denn was bringt dieses, wenn sich die 4 größten C02 Emittenten welche knapp 50 % des weltweiten C02 ausstoßen Emittieren nicht an dieses halten. Klimaschutz muss international Funktionieren, Deutsch nationale Alleingänge sind für das weltweite Klima unerheblich, denn jede Tonne C02, die in Deutschland durch eine rigorose Klimapolitik eingespart wird, wird in Polen mehr verfeuert. Gleichzeitig würde ein breiter aufgestellter Strommix wieder günstigere Energiepreise schaffen, denn es braucht endlich wieder Planbarkeit und internationale Konkurrenzfähigkeit, inzwischen hat Deutschland den höchsten Strompreis der Welt, dass dies für die heimische Industrie eine immer weiter sich zuziehende Schlinge ist, sollte auch jedem mit nur etwas wirtschaftlichem Verständnis klar sein. Ein Industriestrompreis für einige wenige Firmen, welcher von Mittelstand und breiter Bevölkerung getragen werden muss, bringt dazu wenig Abhilfe. Was es aber vor allem im Klimaschutz braucht, ist ein breiter Zuspruch und gesellschaftliche Einigkeit und keine Zwangsauflagen. Leider glauben immer mehr Leute, dass Sie das Recht haben, anderen ihren Willen aufzuzwingen, weil Sie ihren Standpunkt für den moralisch überlegenden halten. Dies führt gesellschaftlich eher zu Ablehnung als Zuspruch für Klimaschutz.

Im Bereich der Infrastruktur bedarf es auch weiterhin Rekord Investitionen, denn so muss man zweifelsfrei feststellen, wurde hier in den letzten Jahrzehnten seitens der CDU und CSU-Verkehrsminister nicht ansatzweise dem Bedarf nach investiert, sondern man hat Straßen und Schienen wortwörtlich verrotten lassen. Stattdessen hat sich die gesamte CDU lieber mit einer ideologischen Autobahnmaut beschäftigt, welche den Steuerzahler nun 243 Millionen Euro kostet, Bürgerorientiertes Handeln geht anders. Bei der Verteilung der Investitionssummen muss man aber auch zweifelsfrei anerkennen, dass das Auto auch weiterhin das Fortbewegungsmittel Nr.1 ist und dies vorallen im ländlichen Raum auch noch auf unbestimmte Zeit bleiben wird.
Unabhängig von der Frage, ob Verbrenner oder E-Antrieb, wobei man bei letzterem die Ökonomische wie auch ökologische Überlegenheit gegenüber dem Verbrenner zumindest in Zeiten von Importen von Kohlestrom aus Osteuropa stark hinterfragen sollte.

Aber gesellschaftlicher Trend ist derzeit ja, sich einen elektrisch betriebenen und gut subventionierten Zweitwagen zu kaufen und diesen dann in die Garage neben den Verbrenner zu stellen, welchen man natürlich behalten muss, falls man mal weitermuss, als bis zum nächsten Edeka.

Auch wenn die Inflation langsam abflaut, so ist dies keineswegs ein Grund zum Aufatmen, oberste Priorität muss weiterhin haben, die Preisstabilität wiederherzustellen und damit die Inflation zu überwinden, denn Sie ist ein Verarmungsprogramm für die breite Mitte der Gesellschaft. Wenn Bund, Länder und Kommunen nun wieder im großen Stil Schulden machen, ist dies nicht nur ein wieder anheizen der Inflation, sondern auch ein Handeln ohne jegliches ökonomisches Verständnis und ein Verbrechen gegenüber den nachfolgenden Generationen.
Vielmehr sollte die Politik auf allen Ebenen wieder lernen, mit dem Geld auszukommen, welches ihr die Bürger zur Verfügung stellen.

Bereits im Vorfeld zur heutigen Ratssitzung wurde sich hinreichend mit dem Haushalt sowie den Anträgen der Politik beschäftigt und bedauerlicherweise mussten wir feststellen, dass die Einsicht bei Verwaltung und den anderen Ratsfraktionen darüber, dass die Bürger nennenswerte Entlastungen brauchen, dann doch eher gering ist. Das Argument „wir können die Abgaben nicht senken denn bereits jetzt reichen die Einnahmen nicht für die Ausgaben“ lassen wir hierbei nicht gelten, denn trotz national sinkender Wirtschaftskraft sind unsere Einnahmen auf Rekordniveau, trotzdem sind wir nicht in der Lage die Ausgaben zu decken, hier zeigt sich doch klar, dass wir kein Einnahmen, sondern ein Ausgaben Problem haben.
Um langfristig einen ausgeglichenen Haushalt führen zu können und dabei den Bürgern endlich spürbare Entlastungen ermöglichen zu können, werden wir über jede Ausgabe kritisch diskutieren müssen und gerade im Bereich Soziales einen Abbau der hohen Standards auf den Weg bringen, den ich bin der Meinung, das Deutschland inzwischen zu sozial ist, das wir alles organisieren wollen und immer mehr zu einem „Nanny“ Staat werden sind meiner Auffassung nach verheerende Eigenschaften gegenüber den Bürgern, die Verantwortung für ihr Handeln muss wieder zurück zu den Bürgern.

Besonders verwundert hat uns die Entscheidung aller anderen Fraktionen, unserem Antrag auf Senkung der Grundsteuer abzulehnen, damit haben diese auch klar zum Ausdruck gebracht, wie weit diese inzwischen von der Mitte der Gesellschaft entfernt sind, denn uns Freie Demokraten interessiert es durchaus noch, wenn die Anschaffung von Grundeigentum für die breite Bevölkerung kaum noch möglich ist! Bedauerlicherweise ist auch bei der Schwarz Grünen Landesregierung nicht erkennbar, dass man von den 6,5% Grunderwerbsteuer abrückt, damit ist der Grunderwerb nirgends in Deutschland teurer als in NRW. Aber die Kostenbelastung für die Bürger und Bauwilligen in NRW geht sogar noch weiter, trotz der massiv gestiegenen Preise für Sand und Kies führen CDU und Grüne nun noch eine Landesweite Sonderabgabe auf diese Baustoffe ein, dies ist ein weiterer Standortnachteil für NRW und ein Schlag ins Gesicht für alle Bauwilligen hier vor Ort.

In diesem Zusammenhang stellt sich mir vor allem in Richtung CDU die Frage, wie Sie in den von ihnen regierten Ländern mit dem Wegfall der Sondervermögen umgehen, denn genau die „unsolide Haushaltspolitik“ mit Sondervermögen, welche Sie der Bundesregierung vorwerfen und über welche das Verfassungsgericht geurteilt hat, betrifft ja auch zahlreiche CDU geführte Landesregierungen.

Perspektivisch ist davon auszugehen, dass dies nicht der letzte Haushalt ist, welcher mit einem Minus endet, dies ist für uns schlichtweg nicht hinnehmbar. Dass wir derzeit große Investitionen für den Ausbau der Schullandschaft und den Bau der neuen Feuer und Rettungswache aufwenden müssen ist richtig und wichtig! Beides sind notwendige Investition in die Sicherheit und Zukunft der Stadt Borken, aber bei vielen anderen Ausgaben teilen wir den Standpunkt nicht! So ist es nicht Aufgabe der Stadtverwaltung nahezu jede Immobilie im Stadtgebiet aus städtebaulichen Gründen zu kaufen. Der beste und effektivste Bauherr ist nicht die Stadt, sondern der Gewerbliche oder private Bauherr. Aber auch die Stadt selbst muss ihre eigenen Bauvorhaben überdenken, der Rathausumbau muss zweckmäßig und kostengünstig sein, optische Begehrlichkeiten sind hierbei zu vernachlässigen.

Bei der von der Verwaltung angestrebten Umgestaltung des Rathausumfeldes einschließlich pompöser Promenade mit Bänken in Sandstein Optik sagen wir klar nein! 2,8 Millionen Euro für die Außengestaltung eines Gebäudes welches mittel zum Zweck ist gehen wir nicht mit. Ob dies nun gefördert wird oder nicht darf für die Entscheidungsfindung generell keine Auswirkung haben, auch Fördergelder sind Steuergelder, welche nur mit höchster Sorgfalt ausgegeben werden dürfen.
Insgesamt hat es in der Vergangenheit oftmals den Eindruck erweckt, dass sich die Verwaltung sowie die Politik durch einen positiven Förderbescheid in ihrer Entscheidungsfindung auch bei nicht unbedingt notwendigen Projekten zu einer Zustimmung verleiten lässt. Aus diesem Grund fordere ich die Landesregierung deutlich auf, sofort alle NRW Förderprogramme zu stoppen und den dadurch gewonnenen Finanzvorteil an die Bürger und Kommunen zurück zu geben.

Sehr geehrte Damen und Herren, aufgrund der Tatsache, dass unsere Anträge zum Haushalt welche aktiv zur Entlastung der Bürger beigetragen hätten nicht aufgenommen wurden und stattdessen die Gebühren und Abgaben die Bürger weiter erdrücken werden, sind wir nach langen Beratungen als Fraktion mehrheitlich zu dem Entschluss gekommen, dem Haushalt für das Jahr 2024 nicht zuzustimmen. Hiervon losgelöst mag es einzelne Fraktionsmitglieder geben die dies anders sehen. Perspektivisch können wir nur dringend dazu raten, die Abgaben der Bürger sowie die Ausgaben der Stadt zu senken, denn dem Haushalt für 2025 würden wir gerne wieder zustimmen.

Ich wünsche ihnen alle ein gesegnetes Weihnachtsfest und schöne Festtage

Mit freundlichen Grüßen
Niklas Wolter
Vorsitzender der FDP-Fraktion